

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 153.

Dienstag, den 4. Juli 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Max Hirsch.

Genosse Webel, der gegenwärtig in der Schweiz wohnt, veröffentlicht im Züricher „Volksrecht“ einen Nachruf auf den kürzlich verstorbenen Gründer der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, der auch unsere Leser interessieren wird. Webel schreibt:

„Mit Max Hirsch ist der letzte liberale Arbeiterführer verschieden, der vom Anfang der deutschen Arbeiterbewegung bis zu seinem Lebensende in ihr tätig war.“

Als im Beginn der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts das politische Leben in Deutschland wieder erwachte, wuchsen auch die Arbeitervereine, wie Pilze nach einem warmen Sommerregen, überall empor. Es waren die geistigen Leiter der liberalen Bourgeoisie, Professoren und Doktoren aller Fakultäten, die sich allerwärts an die Spitze dieser Vereine stellten, um die Führung derselben in der Hand zu haben.

In Magdeburg, dem damaligen Wohnort Hirschs, gründete er mit dem Dr. Abarbanell und dem freireligiösen Prediger Ullrich den Arbeiterbildungsverein, der bald ein großer Verein wurde. Nach dem Auftreten Bassalles (Frühjahr 1863) fanden es die unter liberaler Führung stehenden Arbeitervereine für angemessen, sich näher aneinander zu schließen. Unter Führung O. Sonnemanns (Frankfurt a. M.), Louis Büchner (Darmstadt), dem Verfasser von „Kraft und Stoff“, und einer Reihe ähnlicher Persönlichkeiten wurde Anfang Juni 1863 ein deutscher Arbeitervereinstag nach Frankfurt a. M. einberufen, dessen hauptsächlichstes Resultat war, daß ein zwölfköpfiger ständiger Ausschuss, dessen Mitglieder über ganz Deutschland verstreut wohnten, gewählt wurde, um die Interessen der Vereine wahrzunehmen. Dieser ständige Ausschuss fungierte bis zum Herbst 1867 und zu seinen Mitgliedern gehörten außer Dr. Hirsch die heute noch lebenden Webel und Sonnemann. Auch Friedrich Albert Lange hat demselben von 1864—1867 angehört, bis er nach der Schweiz übersiedelte, um in die Redaktion des Winterthurer „Imbboten“ einzutreten.

Der Kampf mit den Bassalleanern und die feige Haltung der preussischen Fortschrittspartei im Verfassungskonflikt mit Bismarck hatte die Wirkung, daß ein Teil dieser Arbeitervereine immer mehr nach links marschierte. Im ständigen Ausschuss hatte 1865 Hirsch beantragt, daß der nächste Vereinstag im September in Stuttgart das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf seine Tagesordnung setze. Das war der äußerste Schritt, zu dem er sich den Sozialisten gegenüber verstand, zu deren heftigsten Gegner er — gleich seinem Parteigenossen Eugen Richter — bis an sein Lebensende gehörte. Doch ist er mehr als Richter seinen liberalen Grundfäden treu geblieben und hatte soziale Auffassungen, zu denen Richter sich nie hat erheben können.

Der Krieg von 1866 zwischen Preußen und Oesterreich rief auch im ständigen Ausschuss eine Spaltung hervor. Ein Teil, darunter M. Hirsch, trat auf die kleindeutsche preussische Seite, der andere Teil auf die demokratisch großdeutsche. Das Kriegsjahr verhinderte, daß ein Arbeitervereinstag abgehalten wurde. Als aber dann im September 1867 ein solcher nach Gera einberufen wurde, fand derselbe eine sehr veränderte Situation vor. Mittlerweile waren namentlich die zahlreichen sächsischen Arbeitervereine unter Führung von Liebknecht und Webel in der großen Mehrzahl auf dem Marsch ins sozialistische Lager. Diesen gelang es auch, auf dem Vereinstag eine Organisation zu schaffen. Der ständige Ausschuss wurde nicht beauftragt, aber als Verbandsleitung wurde ein Vorort bestimmt, dessen Vorsitzenden der Vereinstag wählte, wohingegen die übrigen Mitglieder von den Vereinsgenossen des Vororts gewählt wurden. Bei der Präsidentenwahl siegte Webel mit erheblichem Mehr gegen Hirsch. Hirsch mußte es zu seinem Schmerz auch erleben, daß sein ehemaliger Kampfgenosse und jetziger politischer Gegner Webel in Hirschs Wahlkreis Plauen i. V. und in seiner Heimatstadt Magdeburg einbrang und in drei Volksversammlungen, die von vielen Tausenden besucht waren, ihn schlug.

Nunmehr faßte Hirsch eine Idee, durch die er sich eine neue Stellung in der Arbeiterbewegung zu schaffen hoffte. Im Frühjahr 1869 reiste er nach England zum Studium des Trades-Unionismus. Zurückgekehrt, begann er, mit seinem Parteigenossen Alex. Dunder, die Gründung der sogenannten Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine. Gleichzeitig hatten aber auch die beiden vorhandenen sozialistischen Fraktionen die Gründung solcher Gewerkschaften betrieben. Den deutschen Arbeitern blühte also ein dreifacher Segen. Das rapide Umsichgreifen der sozialistischen Ideen in der deutschen Arbeiterwelt in den sechziger Jahren wurde aber für die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine eine große Gefahr. Einmal wurde ihnen dadurch das Rekrutenmaterial genommen, oder doch sehr beschränkt, im weiteren wurde auch ein Teil der Gewerksvereiner selbst von sozialistischen

Ideen infiziert. Sobald Hirsch dieses gewahr wurde, griff er zu einem Gewalt- und Radikalmittel. Er ließ auf einer Generalversammlung seines Verbandes statutarische Veränderungen vornehmen, wonach jede sozialistische Agitation innerhalb der Gewerksvereine verboten und jeder, der als Sozialist erkannt wurde, mit dem Ausschluss und dem Verlust sämtlicher Beiträge und der Unterstützungen bestraft wurde. Dieser Terrorismus in einem liberal sich nennenden Verband hat seinerzeit viel Staub aufgewirbelt und dessen Entwicklung unterbunden. Außerlich hatte man die sozialistischen Ideen unterdrückt, aber innerlich sind sie immer stärker geworden. Es besteht wohl kaum ein Zweifel, daß, nachdem Hirsch tot ist, die Opposition gegen die gewalttätige Unterdrückung der Meinungsfreiheit überall zum Durchbruch kommt und die Aufhebung jener schwachen Bestimmungen nur eine Frage der Zeit ist. Gelingt dieses, dann ist aber auch die Bahn frei zu einer Vereinigung mit den freien Gewerkschaften.

Hirschs Ehrgeiz war darauf gerichtet, auch parlamentarisch als Arbeitervertreter tätig sein zu können. Hier war ihm aber das Glück wenig hold. Es gelang ihm, im Laufe der Jahrzehnte zweimal in den Reichstag gewählt zu werden, aber immer nur auf kurze Dauer. Seine Partei brach ihm bei seinen Kandidaturen den Hals. Dagegen gelang es ihm mit Hilfe seiner kapitalistischen Freunde, vor einigen Jahren in das preussische Dreiklassenparlament zu gelangen, in dem er bei Arbeiterfragen die Rolle des weisen Raben spielte. Einfluß verstand er sich nicht zu erwerben, dazu fehlten ihm die Eigenschaften. Es dürfte nicht zuviel sein, anzunehmen, daß sein Tod selbst seinen Verbändlern nicht allzuviel Tränen entlockt, die sein terroristisches Handeln nur noch mit Murren ertrugen. Er war einer von den Menschen, die das Unglück haben, sich selbst zu überleben.“

## Politische Stunden.

Deutschland.

Wider die Kriegsheer. Wie wir bereits am Sonnabend unter „Al. pol. Nachr.“ mitteilten, spricht Genosse Faure in Berlin über den Frieden. Hierzu meldet der „Vorw.“: Am Sonntag, den 9. Juli, mittags 12 Uhr, wird im Saale der „Neuen Welt“ zu Berlin auf Anregung und Einladung der Berliner Parteigenossen und mit dem Mandat der französischen sozialistischen Fraktion unser Parteifreund Faure in öffentlicher Volksversammlung über die Aufgaben sprechen, die dem Sozialismus und dem Proletariat zur Erhaltung des Weltfriedens obliegen. Gleichzeitig haben die französischen Parteigenossen unseren Webel aufgefordert, in Paris seinerseits die Anschauungen des deutschen Proletariats über die Solidarisität der Völker zu entwickeln. Während in den geheimen Diplomatenstuben aller Länder die Staatsmänner der herrschenden Klasse Rezepte schreiben, um ihren Weltfrieden zu erhalten, diesen gepanzerten Weltfrieden, der dem Westen nichts anderes ist, wie der ewig lauende Weltkrieg aller gegen alle — während man in geschäftiger leerer Annäherung durch ein Heer von best-liten Treibern in der öffentlichen Meinung bald kriegerische, bald friedliche Stimmungen zu erwecken sucht, das Feuer anläßt und erstickt, wie es jeweils die Herrschenden für notwendig erachten, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der internationalen Entwicklung ein blutiges oder friedliches Welt zu graben — während man die Völker wie tote Puppen des Schachbrettes hin- und herschiebt, handelt es sich in dieser Aktion des deutschen und französischen Proletariats um eine schlichte und bescheidene Kundgebung des festen Willens, daß die Proletarier aller Länder gegenüber dem wilden Interessengraber der herrschenden Klassen tatsächlich einig sind. Und diese Kundgebung geschieht in voller Öffentlichkeit, ohne Hehl und Heimlichkeit, ohne äußere Machtmittel und kraschen Pomp. Die Welt der Arbeit, die die Welt der Kultur und Menschlichkeit ist, will die Stimme der Vernunft und des Friedens erheben. Die Aussprache, die zwischen den Vertretern des französischen und deutschen Proletariats erfolgen wird, ein so bescheidener Anfang es ist, wird dennoch, von der Höhe der Geschichte betrachtet, mehr bedeuten als alle Heeresrührungen und aller Schlachtenruhm.

Mandatwürde ist Graf Limburg-Stirum, der Führer der konservativen Landtagsfraktion. Derselbe hat die Niederlegung seines Landtagsmandates erklärt sein Reichstagsmandat wird er bis zum Schluß der Legislaturperiode beibehalten. — Daß der Graf nur sein Landtag, und nicht auch sein Reichstagsmandat niederlegt, läßt mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen, daß in der konservativen Landtagsfraktion etwas vorgefallen ist.

Zur Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrags, eine Folge der Hochzollpolitik, schreibt die Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen: „Der jetzt gekündigte Vertrag, durch den Deutschland die Meistbegünstigung auf dem spanischen Markte erlangte, hat den deutschen Export nach Spanien außerordentlich gefördert. Der Vertrag trat bekanntlich am 30. Juni 1899 in Kraft;

schon in demselben Jahre ergab sich eine Steigerung unseres Exports nach Spanien um rund 80 Prozent. Unsere Ausfuhr dorthin betrug im Jahre 1897 29,9, 1898 24,7 Mill. Mark, 1899 dagegen 44 Millionen. Auch in den folgenden Jahren war die außerordentlich günstige Wirkung des Vertrages offensichtlich. Der Export belief sich 1900 auf 54,3, 1901 auf 50, 1902 auf 55,7, 1903 auf 58,1 Millionen. In dem Zeitraum von 1898 bis 1903 ist also eine Steigerung um mehr als 130 Prozent zu verzeichnen. Den relativ bedeutendsten Posten unserer Ausfuhr nach Spanien bilden gegenwärtig Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge mit einem Exportwert von 11,6 Millionen im Jahre 1903. Im Jahre 1898 belief sich dieser Posten erst auf 2,2 Millionen; unter dem Vertrage hat sich also die deutsche Ausfuhr an Instrumenten, Maschinen, Fahrzeugen nach Spanien um mehr als das Fünffache vermehrt. Auch zahlreiche andere Branchen haben dem Vertrage eine sehr beträchtliche Steigerung ihrer Exporte zu verdanken. — Ob sich unter dem neuen Vertrage die Handelsbeziehungen mit Spanien ebenso günstig für die deutsche Industrie gestalten als bisher, ist sehr fraglich. Bisher hat die Industrie von der neuen Zollpolitik nur Schaden gehabt.

Billige Erntearbeiter. Die Militärbehörde in Berlin erinnert durch Bekanntmachungen daran, daß die Kommandierung von Mannschaften möglichst früh zu beantragen sei, da sonst keine Mannschaffstellung erfolgen könne und fügt hinzu: „Die Landwirte müssen sich verpflichten, den Leuten ein gutes Unterkommen und gute ausreichende Beschäftigung zu gewähren, ihnen ferner eine der Arbeit entsprechende Entschädigung in Geld zu zahlen und ihnen Gelegenheit zum Besuche des Sonntagsgottesdienstes zu bieten. Die Truppenkommandos sind berechtigt, von der gewährten Entschädigung einen Teil zum Besten der ärmeren Mannschaften einzuziehen.“ Die Militärbehörden schleppen mit ihren Bekanntmachungen immer mehr Material zur Begründung einer weiteren Verkürzung der Dienstzeit herbei.

Eine Wahlentrichtung mit ganz besonderen Hindernissen scheint die in Dresden geplante werden zu sollen. Wie wir vor kurzem berichtet haben, legten die Stadtverordneten von Dresden drei verschiedene Wahlentrichtungswürfe, die von drei verschiedenen bürgerlichen Interessengruppen herrührten, zur Beratung und Beschlußfassung vor, darunter eine solche des „Rechts“-Ausschusses des Kollegiums. Da sich die drei Gruppen auf keine der Vorlagen einigen konnten, war das Ergebnis der siebenstündigen Verhandlung die Ablehnung aller drei Entwürfe. Wie wir damals voraussetzten, ist die Winterarbeit am Dresdener Stadtverordnetenwahlsystem sofort hinter den Kulissen von neuem wieder aufgenommen worden. Eine Entscheidung ist aber noch nicht ergiebt worden. Dafür arbeitete der Oberbürgermeister selbst einen neuen Entwurf aus, für den er glaubte, eine Mehrheit zu bekommen. Es war der neue oberbürgermeisterliche Plan in der Hauptsache eine Aufwärmung des Berufs-Klassenwahlrechts des Rechtsausschusses, doch sollte die Klasseneinteilung nicht nach dem Einkommen, wie es der Rechtsausschuss wollte, erfolgen, sondern nach dem Bürgerrechtsalter, und zwar berart, daß derjenige, der zehn Jahre und länger Bürger ist, der ersten, die jüngeren Bürger der zweiten Klasse angehören sollen. Die Arbeiter könnten voraussichtlich nach diesem neuen Wechselballe in der ersten Zeit nach und nach — es wird jedes Jahr nur ein Drittel der Stadtverordneten neu gewählt — sechs, später aber, wenn auch unsere Bürger „älter“ geworden sind, zwölf Vertreter erhalten. Am Donnerstagabend sollte die Vorlage schon zur Beratung kommen. Der Rat, der den Entwurf des Oberbürgermeisters zu dem feinen gemacht hatte, schien es sehr eilig zu haben. Es sollte die Entscheidung vor den Ferien noch perfekt werden. Es blieb so kaum Zeit, die Vorlage dem Verfassungsausschuss zu unterbreiten, an eine Vorberatung im Rechtsausschuss war schon garnicht zu denken. Man wollte wenigstens noch schnell, wenigstens um die Form zu wahren, eine Prüfung durch den Rechtsausschuss ermöglichen. Diese Absicht der Wahlrechtsverschlechterer wurde aber von den Antifemiten durchkreuzt, die von dem neuen Wahlrecht eine Befestigung ihrer Mehrheit fürchteten. Die Herren machten in Obstruktion und kamen nicht zu der Sitzung; so wurde diese vereitelt. Man sollte die Vorlage ohne weitere Prüfung der Stadtverordneten zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Man hatte die Rechnung aber nochmals ohne die um ihre dominierte Stellung fürchtenden Antifemiten gemacht. Sie lehnten die sofortige Beratung im Plenum ab und beschloßen, die Vorlage dem Rechtsausschuss zu überweisen. Man ist eine Wahlentrichtung vor den Ferien nicht mehr möglich. Und wenn nach den Ferien die Wahlrechtler nicht schnell einig werden, wird es überhaupt für Schaffung eines Wahlrechts für die nächsten Stadtverordnetenwahlen zu spät. Auf die weitere Entwicklung dieser Dinge kann man gespannt sein. Man wird ja alles aufbieten, zu verhindern, daß noch einmal unter dem jetzigen Wahlrecht gewählt wird, ob es aber gelingt, erscheint jetzt fraglich. Daß die Arbeiterkassette ent-



recht werden soll, darüber ist man sich einig, aber über das Wie kann man sich noch nicht einigen, weil jede Interessengruppe von einer Wahlrechtsänderung möglichst viel profitieren möchte.

**Ueber den neuen deutschen Personentarif** werden jetzt Einzelheiten in einer Veröffentlichung des „Dresdener Journal“ bekannt. Danach geht die Neuordnung des Personentarifs auf preussische Anregung zurück, und die Beratungen haben zu einer Einigung in allen wesentlichen Punkten geführt. Die von den Kommissaren der beteiligten Staaten vorbereiteten Beschlüsse unterliegen zurzeit noch der Bestätigung der Regierungen. Ecksicherheitslich sind die vereinbarten Vorschläge unter Vorbehalt des Wechsels des Eisenbahnraths genehmigt worden. Die Beratungen haben sich außer auf die Vereinfachung des Fahrkartensystems und die Vereinfachung der Preise vornehmlich auf die Herabsetzung der Eisenbahntarife für die Grundzüge des Personentarifs bezogen, soweit diese bis jetzt erhebliche Abweichungen unter den verschiedenen deutschen Eisenbahnverwaltungen bestehen. Es ist gelungen, eine einheitliche Grundlage für das Tarifwesen aller deutschen Eisenbahnen zu schaffen. Dabei ist in erster Linie der Wegfall der Rückfahrkarten beschlossen worden. Die Bierzahl der Wagenklassen, die in Norddeutschland besteht, soll beibehalten und auch auf Süddeutschland ausgedehnt werden. Nur Bayern mit Ausnahme der Pfalz will wegen betriebsökonomischer und sozialpolitischer Bedenken die vierte Klasse als solche nicht einführen, wohl aber deren Einheitszahl auf die dritte Klasse in den Vorklassen anwenden, so daß der Preis der dritten Klasse in den verschiedenen Zugarten verschieden sein wird. Als Einheitszahl im Personenzug sind in Aussicht genommen: Für die 1. Klasse 7 Pf., für die 2. Klasse 4 1/2 Pf., für die 3. Klasse 3 Pf., für die 4. Klasse 2 Pf. Die neuen Preise werden gegen die der jetzigen einfachen Fahrkarten für Personenzüge niedriger sein: In 1. Klasse um 12,5 Proz., in 2. Klasse um 25 Proz., in 3. Klasse um 25 Proz., in der 4. Klasse bleiben sie bestehen wie bisher. Gegen die Hälfte der Preise der jetzigen Rückfahrkarten für Personenzüge werden die neuen Preise höher sein: In 1. Klasse um 5,82 Proz. In bezug auf die Schnellzugszuschläge sollen diese Zuschläge nach Art der jetzigen Platzgebühren eingeführt werden und zwar:

bis 75 km in 1. und 2. Klasse	50 Pfennig
75 " " " 3. Klasse	25 " "
76 " 150 " " 1. " 2. " "	100 " "
" " " " 3. " " "	50 " "
über 150 " " 1. " 2. " "	200 " "
150 " " 3. " " "	100 " "

Eine besondere Platzgebühr für D-Büge wird daneben nicht weiter bestehen. Die Aufhebung des Freigeiwichts für Reisegepäck mußte, nach der Anschauung der Eisenbahnerverwaltungen, eintreten, nicht nur, weil sie sachlich gerechtfertigt ist, sondern auch, weil die Annahme des Freigeiwichts für die süddeutschen Verwaltungen, die schon durch die Einführung des 2-Pfennigtarifs für die niedrigste Klasse erhebliche Einnahmeausfälle erleiden, aus finanziellen Gründen unzulässig gewesen wäre. Man hat statt der kilometermäßigen Bemessung auch hier ein Bonensystem angenommen. Das Recht der Reisenden vierter Klasse, eine Traglast unentgeltlich im Abteil mit sich zu führen, soll bestehen bleiben. Als Ausnahmetarife sollen beibehalten werden die Monatskarten, Schülerkarten und Arbeiterwochenkarten, und zwar ohne Preisänderungen. Ferner Preisermäßigungen für Kinder, für Ausflüge zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, für Schulfahrten und Ferienkolonien etc. Es sollen jedoch die zurzeit für diese Vergünstigungen bestehenden Sätze nicht weiter ermäßigt, wohl aber mit Rücksicht auf die Neugestaltung des Tarifs auf einer anderen Grundlage aufgebaut werden. Wegfallen werden die Preisermäßigungen für gemeinschaftliche Reisen größerer Gesellschaften, sowie die Ausgabe von festen Rundreisetickets und die noch bestehenden Sonntagsfahrkarten. Die zusammengestellten Fahrtscheine bleiben bestehen, die Einheitszahl dafür werden in 1. und 2. Klasse um 0,3 Pfg., in 3. um 0,2 Pfg. höher sein als die regelmäßigen Fahrpreise, dagegen werden die Sätze zur Benutzung von Schnellzügen ohne weiteren Zuschlag berechtigen. Als Zeitpunkt der Einführung dieser Maßnahmen wird der 1. Oktober 1906 in Aussicht genommen. — Die lange vorbereitete und laut angekündigte „Reform“ ist eine echte Frucht des bürokratischen Formalismus. Die Gleichmäßigkeit der Tarife im ganzen Reich soll durch das Publikum mit Erschwerungen und Verteuerungen des Reisens bezahlt werden. Die geplante Neuordnung ist das Gegenteil einer wirklichen Verkehrsreform.

**Sächsischer Russenfreundschaft.** Aus Bad Elster melden bürgerliche Blätter: „Der Hauptmann vom Stabe des 86 russischen Infanterie-Regiments, der in der Schlacht an den Pulkow-Hügeln durch einen Schrapnellschuß schwer verletzt wurde, ist hier zum Kurgebrauch eingetroffen. Der Hauptmann ist der erste russische Offizier, der hier von dem Aerzten Gebrauch macht, wonach dem russischen Roten Kreuz im Vorjahr von mehreren Kurdirektoren Deutschland und Oesterreichs mitgeteilt worden war, daß russischen Offizieren, die im Kampfe gegen Japan verwundet worden sind, die Kurmittel unentgeltlich verabfolgt werden.“ — Es soll uns gleichgültig lassen, so schreibt unser Chemnitz-er Parteiorgan hieran, wenn irgendwelche Abteilungen ihre Russenfreundlichkeit auf diese Weise betätigen; das Bad Elster gehört aber der sächsischen Regierung, es wird aus Staatsmitteln unterhalten und die Erträge fließen auch in die Staatskasse. Zeigt sich die sächsische Regierung in dieser Weise spendend für russische Offiziere, mag der Verlust nicht allzugroß sein, sie setzt sich aber dadurch in offenen Gegensatz zu den Anhängern und Sympathisen des sächsischen Volkes, die ganz bei den Japanern sind. Ob auch den japanischen Offizieren derartige Vergünstigungen macht würden?

**Vereinfachung des Strafvollzuges im Preussen.** Der jetzt zum Teil dem Justizminister, zum Teil dem Minister des Innern unterstellt, fordert ein dem Abgeordnetenhaus zugegangener Antrag von Gylling (Frei.) und Genossen. Die Regierung wird darin ersucht, zu veranlassen, daß der gesamte Strafvollzug unter Beistellung des zur Zeit

bestehenden Dualismus einem Ministerium unterstellt wird. Im gegenwärtigen Moment ist der Antrag nur eine Demonstration, denn der Landtag, der seine Tagung geschlossen hat, wird die Sache nicht mehr in Beratung nehmen.

Es wird weiter genullt. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus dem Ruhrkohlenrevier berichtet: „Aus dem Dortmund-Ruhr kommen wieder zahlreiche Beschwerden der Bergleute über rigoroses und willkürliches Nullen und Bestrafen auf verschiedenen Zeichen. Besondere Empörung rufen es hervor, daß, während auf der einen Seite trotz schlechterer Gebirgsverhältnisse garnicht oder nur in ganz geringem Umfange annulliert wird, wie auf den Zeichen Hardeberg und Minister Stein, auf der anderen Seite bis zu 7 Prozent der Förderung genullt wird. Aus Bergarbeiterkreisen werden über den Umfang des Nullens einige interessante Mitteilungen gemacht; danach wurden im Monat Mai genullt auf der Reihe: Borussia 307 Wagen, Borussia 11 486 Wagen, Wneissenau 603 Wagen, Preußen 1 775 Wagen, Hansemann 1 048 Wagen; auf Mont Genis wurden an 11 Arbeitstagen (15. bis 29. April) 753 Wagen genullt. Vor und während des letzten großen Streiks wurde besonders von der Belegschaft der Reihe Minister Achenbach Klage geführt über unermäßigtes Nullen. Die Reihe erklärte nach Beendigung des Streiks durch Anschlag, das Nullen „möglichst einschränken“ zu wollen. Trotz dieser versprochenen Einschränkung wurde aber im Monat April, also gleich nach dem Streik, auf Reihe Minister Achenbach wieder 2395 Wagen an 23 Arbeitstagen genullt. Daß hier, durch das Vertrauen der Belegschaft zu den Bergverwaltungen nicht gerade gestärkt wird, liegt auf der Hand. Von anderen Zeichen kommen in letzter Zeit auch wieder lebhaft Klagen über die Ausdehnung des Uebererschichtens.“ — Es scheint, als wollten die Kohlenbarone die Macher der preussischen Berggesetznovelle durch gesteigertes Wagennullen verhöhnen.

**Das Zentrum gegen das allgemeine Wahlrecht.** Die Demokratisierung der Wahlrechtsfrage des Zentrum hat der letzte Tag der Generaldebatte im württembergischen Landtag über die Verfassungsrevision vollendet. Eine überaus scharfe Rede des Ministerpräsidenten gegen Gröber, dem er vorhielt, daß der von ihm gewünschte konservative Erfolg für die Privilegierten nicht nur dem Wesen der reinen Volkstammer widerspricht, sondern auch dem Wahlprogramm und der früheren Stellungnahme des Zentrums in der Frage der Verfassungsrevision, führte zunächst den Zentrumsabgeordneten Kienne auf den Plan, der den unmöglichen Versuch machte, die jetzige Haltung des Zentrums als vereinbar mit seinem Wahlprogramm hinzustellen, in einem Atem aber den berufständigen Erfolg der Privilegierten gegen den Radikalismus zu pfeifen. Gröber aber, der soeben das Wort ergiff, erklärte rundweg, daß das seit dem Jahre 1895 eingetretene stetige Wachstum der Sozialdemokratie insbesondere in den süddeutschen Städten es rechtfertige, wenn das Zentrum nunmehr eine andere Stellung einnimmt als damals. Er hielt soeben eine regelrechte Rede gegen das allgemeine Wahlrecht, das eine Kammer ergeben würde, mit der die Regierung nicht arbeiten könne; es müsse ein konservatives Element in die Volkstammer, das sei aber nur durch berufständige Vertreter, nicht durch das mechanische der Vorherrschschaft der Sozialdemokratie herbeiführende allgemeine Wahlrecht zu erhalten. Selbst dem nationalen Lieber ging diese reaktionäre Rede zu weit und er erklärte sich ausdrücklich für das allgemeine gleiche Wahlrecht, allerdings unter Beibehaltung der jetzigen Ungleichheit der Wahlkreise, während Keil in scharf pointierter Rede auf die Unzulässigkeit des Zentrumsberrats hinwies, da die Sozialdemokratie trotz aller Einschränkungen wachsen werde, bis ihr Ziel, die sozialistische Geschicklichkeit, erreicht ist. Zum Schluß der Sitzung kam es noch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Kultusminister und dem Zentrumsabgeordneten Kembold. Der Kultusminister erwiderte auf Gröbers Warnung vor der Religionsfeindlichkeit einer radikalen Mehrheit in einer reinen Volkstammer mit dem Hinweis, daß er keine Sorge für die Zukunft wegen der Staatsbewilligung hege, da im Gegensatz zum Reich im Landtage das Budget die meisten Kosten für Kulturaufgaben enthalte. Darauf warf Kembold dem Minister Preisgabe der kirchlichen Interessen vor und stellte die Trennung der Kirche vom Staat als erste Frucht einer zukünftigen radikalen Mehrheit unter sozialdemokratischer Führung in Aussicht, insofern nicht durch berufständige Vertretung ein konservatives Element in die Volkstammer hineinkomme. — Die Votstellung des Zentrums ist das wertvollste Ergebnis der Generaldebatte, die mit Beschluß auf Verweisung des Entwurfs an die Kommission ihren Abschluß fand. Die Kommission soll ihre Arbeiten binnen vierzehn Tagen vollenden.

**Die Presse ist vogelfrei.** Wenn die Presse ein Gerichtsurteil kritisiert und dabei gegen die Richter einen heftigen Ausdruck gebraucht, dann bugelt es an Beleidigungen Klagen gegen die Blätter, die sich solchen Frevels schuldig machen. Die Zeitungen aber sind vogelfrei gegen Beleidigungen vom Richtertische aus. Dann haben wir es wohl erlebt, daß die klugen Juristen sagen: eine Zeitung als solche könne garnicht beleidigt werden, denn eine Zeitung sei keine Person. Nur die Redakteure könnten einzeln beleidigt werden. Auch wird den Zeitungen klar gemacht, daß ein Richter oder ein Staatsanwalt in Wahrnehmung amtlicher Interessen gehandelt habe, wenn er eine Zeitung beleidigt hat. So war von Seiten eines sächsischen Gerichtsvorstandes gegen den „Simplizissimus“ der Ausdruck „schamlos“ gebraucht worden. Das Blatt hat sich dagegen in energischer Weise gewehrt. Die Folge war der bekannte „Simplizissimus“-Prozess, der an demselben Tage verhandelt wurde, an dem das Blatt wegen eines anderen Preßdelikts in Stuttgart abgeurteilt wurde. In dem sächsischen Falle wurde gegen den angeklagten Redakteur auf eine Geldstrafe von 200 Mark erkannt. Die Urteilsbegründung, die jetzt in der „Frankf. Ztg.“ vorliegt, besagt darüber:

„Man habe es als selbstverständlich betrachtet, daß auch der „Simplizissimus“ an dem Urteil des Dresdener Schöffengerichts gegen den russischen Fürsten Kotshubij nicht vorbeigehen könne. Es werde auch zugegeben, daß für den „Simplizissimus“ ein besonderer Grund vorlag, sich damit zu befassen, weil das Gericht gegen ihn den Ausdruck „schamlos“ gebraucht habe. Aber es liege in der Frage, welche der „Simplizissimus“ an seine Beleidigung dieses Falles knüpfte. Wären diese Richter daß es auch ein deutsches Nationalgefühl gibt“ u. s. w.,

der Vorwurf eines Mangels an nationalem Empfinden, und es sei dem Richter öffentliche Beleidigung beizumessen worden. Wenn auch dem Angeklagten zuzustimmen werden müsse, daß er im Hinblick auf den Ausdruck „schamlos“ unter Wahrung berechtigter Interessen nach dem § 193 vorgegangen ist, so liege doch in dem Vorwurf mangelfolger Nationalgefühl eine schwere, bewusste Beleidigung. Dazu komme, daß durch die Falschheit der Urteile über die Verurteilung des Richters und Schöffens durch Anführung ihrer Namen und Vorseten der Vorwurf der Pflichtverletzung in der Ausübung ihres Amtes gemacht wurde (?). Die Beleidigung dieses Urteils sei hierdurch aufgefördert worden, den gleichen Vorwurf gegen die Richter zu erheben. Es könne hier von einem Schuß im Sinne des § 193 nicht mehr die Rede sein. Das Dresdener Schöffengericht habe sich keiner Beleidigung gegen den „Simplizissimus“ schuldig gemacht (?), wenn auch nicht verkant wird, daß der Ausdruck „schamlos“ in jener Urteilsbegründung nicht geboten war (s. h.). Es zeige aber wieder die Form noch der Inhalt des Dresdener Urteils für eine Beleidigung der Beleidigungen, welche der zweite Artikel des „Simplizissimus“ enthalten hat. Der Angeklagte habe sich hier einer Beleidigung im Sinne des § 185 schuldig gemacht. Bei der Strafmessung sei die bisherige Straflosigkeit des Angeklagten sowie der Umstand in Betracht gekommen, daß auch bei dem zweiten Artikel die Erregung über den Ausdruck „schamlos“ nachgewirkt habe. Strafschwerend sei die Schwere des Vorwurfs und die Tatsache, daß durch die Veröffentlichung der Namen mit Wohnungsangabe eine Flut von Schmähschriften an die Adressen der Dresdener Richter gelangten.“

Wir wüßten, so bemerkt hierzu die „Berl. Volksztg.“, und die Frage erlauben, warum es keine Beleidigung für ein Blatt ist, wenn man es mit dem Ausdruck „schamlos“ regallert, zumal wenn nach der Ansicht des Stuttgarter Gerichts der Ausdruck nicht einmal geboten war? Mühselig in diesem wie in dem anderen „Simplizissimus“-Prozess (dem Diktatorproz.) eine Verurteilung überhaupt eintraten — wie sind darüber anderer Meinung als das Stuttgarter Gericht. — so wäre unseres Meinetens die Form halber eine Strafe von 5 Mk. reichlich angemessen gewesen. Die Kosten aber hätten wir gern den Klägern auferlegt gesehen, da sie, wie in beiden Fällen vom Gericht festgestellt worden ist, die „Simplizissimus“-Redaktion ohne Grund gereizt hatten. Gegen die Urteile in den beiden Prozessen wird von den Verteidigern selbstverständlich Revision beim Reichsgericht eingelegt.

**Schwarze Beamtenlisten.** Die „koloniale Zeitschrift“ weiß zu melden, daß die katholischen Missionen an den Reichskanzler herangetreten sind mit Klagen über Kolonialbeamte im allgemeinen, die sich nicht ihre Auffassung von der Kolonialisierung zu eigen machen können. Einer der Zentrumsabgeordneten, der sich lebhaft für die Kolonialpolitik interessiert (Witz Arenberg?) ist augenblicklich damit beschäftigt, eine Liste derjenigen Beamten und Offiziere aufzustellen, deren Erfolg noch Ansicht der katholischen Mission durch „österreichische“ Kräfte wünschenswert erscheint. Der betreffende Abgeordnete hat sich auch an Personen um Auskunft gewendet über berartige „unfolgsame“ Kolonialbeamte, die nicht der katholischen Mission angehören, da er „Einsparungen“ zu vermeiden wünscht. Eigentlich verhält es sich von selbst, daß die Schwarzen auch bei der Kolonialisierung des Schwarzen Erbiets tonangebend sein müssen.

**Kleine politische Nachrichten.** Der preussische Landtag wurde Sonnabend durch den Reichskanzler Fürsten Bülow geschlossen. — Der Landtag in Neuchâtel genehmigte in seiner letzten Sitzung den Staats-Lotterie-Vertrag mit Preußen. — Die Reichstagserversammlung im Wahlkreis Opperln an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Bogt findet am 24. August statt. — Der amerikanische Staatssekretär Day ist Freitag im Alter von 67 Jahren gestorben.

**Schweden.** Die Säbelfechter sind auch jetzt wieder in Schweden recht tätig. In der ersten schwedischen Kammer stellte der Abgeordnete Baumgarten den Antrag, der Regierung 100 Millionen zur Verfügung zu stellen, damit diese im Stande sei, Maßnahmen zu treffen, die sie nach der einen oder der anderen Richtung für nötig erachte. In der zweiten Kammer stellte der Abgeordnete Zimball im Namen von ungefähr 30 Mitgliedern den gleichen Antrag. — Sonnabend früh 5 Uhr passierte ein aus 16 Schiffen bestehendes schwedisches Geschwader nordwärts gehend Dragoer; um 1 1/2 Uhr nachts war bereits ein schwedischer Torpedobojer nordwärts gehend vorbeigekommen. — In Norwegen steht man diesem Mumpstisch gegenüber. Dort leistet man praktische Arbeit. Man sperrt dem alten Daktar sein Gehalt. Der Chef der norwegischen Hofverwaltung hat unter dem 29. Juni allen in betracht kommenden Personen folgende Nachricht zugesandt: Vom königlichen Finanz- und Polizeidepartement ist die Mitteilung eingelaufen, daß die Anzahlung der Apvanage des Königs infolge des Storchingbeschlusses vom 7. Juni mit dem Ende des laufenden Monats aufhört. Infolgedessen entbehrt die Hofverwaltung nach dem genannten Zeitpunkt der Mittel, um die ganzen Pensionen, die festen Gratifikationen und ähnlichen Beträge, welche bisher von der königlichen Kasse entrichtet wurden, auszusahlen. Würde es in Norwegen ein Gewerbegericht geben, dann könnte Daktar bei diesem auf Wiederentstellung in die Arbeit resp. Zahlung einer angemessenen Entschädigung klagen.

**Rußland.** Die Lage des Autentums wird selbst von der russenfreundlichen Presse Deutschlands als bedenklich angesehen. So schreibt die Post: „Das eine sieht fest, daß, wenn Heer und Flotte nicht mehr zuverlässig sind, dann gibt es für den Zaren unter dem gegenwärtigen Regierungssystem keine Rettung mehr.“ Daß Heer und Flotte zu einem nicht geringen Teile dem Zarentum die Freundschaft gekündigt haben, danach ist nach den jüngsten Vorgängen keinen Augenblick mehr zu zweifeln. Und noch ist das Ende der Meutereien — um im offiziellen Still zu reden nicht abzusehen. So sind jetzt in Rowno auf Befehl des Befehlshaberkommandanten 15 Offiziere unter dem Vorwand verhaftet, einem revolutionären Verein anzugehören. Unter den Verhafteten



ten befinden sich ein Oberst und ein General. Wenn das am grünen Holze passiert...

Über die gegenwärtige Lage in Odessa sind auch heute absolut zuverlässige Nachrichten nicht zu verzeichnen. Man kann aber als sicher annehmen, daß von einem Ergeben der Mannschaft des „Potemkin“ nicht die Rede ist.

Ueber die Stimmung, welche die Odessaer Ereignisse in Petersburg hervorgerufen hat, läßt sich die „Post“ berichten: „Wir erfahren von gut unterrichteter Seite, daß der Zar nach Empfang der Nachrichten aus Odessa befohlen, einen Kriegsrat unter seinem Vorsitz einzuberufen und sofort energische Maßregeln zu treffen, jedoch so vorzugehen, daß das Eingreifen fremder Mächte vermieden werde.“

Trotzdem aber lobt der Parlamentswörterbuch wird gemeldet: Auf Beschluß des Militärates der finnländische Militärbezirk aufgelöst.

Die russischen Kreise Nikolajew ist ebenfalls das Standrecht proklamiert worden. — Das Standrecht ist heute das Mittel der russischen Despotie.

Durch die Agenten der Geheimpolizei in Petersburg wurde bei einem pensionierten Beamten namens Anbruschewitsch und dem Studenten Auer im Dorfe Wyahozel, eine Bombenfabrik mit 8 geladenen und 22 nicht geladenen Bomben, etwa 100 Bleistiften mit stütziger Sprengmasse, Sprengkapseln und weiteres Material zur Bombenfabrikation gefunden.

In Rischinew ist nach der „Rein. Weltung“ ein allgemeiner Streik ausgebrochen. Die Bäcker, Kutcher und Handelsangestellten veranstalten in den Straßen Kundgebungen. Kojaken durchziehen die Stadt; jeden Augenblick werden blutige Zusammenstöße erwartet.

Die vom russischen Kriegsminister Sacharow eingereichte Demission wurde angenommen. In letzteren Kreisen wird als Nachfolger des Ministers des Innern Buligin, dessen Rücktritt täglich zu erwarten ist, Generaladjutant Ignatiew, ehemaliger Generalgouverneur von Kiew, genannt.

In russischen Kreise Nikolajew ist ebenfalls das Standrecht proklamiert worden. — Das Standrecht ist heute das Mittel der russischen Despotie.

### Japan und Korea.

Die japanischen Operationen gegen Wladiwostok beinhalten vom Nordosten Koreas. 1500 Russen liegen in besetzten Positionen auf dem linken Ufer. Nach Kopenhagen Meldungen ist der dänische Dampfer „Prinzessin Marie“ von dem Kreuzer „Teret“ in den Grund geholt worden.

### Lübeck und Wamborghede.

Montag, den 3. Juli 1906. Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Ist das Neutralität? Vor einigen Tagen meldeten wir aus Kiel, daß die Verladung der Torpedo-Lustjacht, welche die Baunummer 118 führt, auf der Kruppischen Werft beendet sei. Diese Ladung ist nach Lübeck bestimmt gewesen und zwar zur Weiterbeförderung mit dem Dampfer „Regir“.

Die Hitze der letzten Tage war fast unerträglich. Gegen die Hitze kann man sich bekanntlich schützen; gegen die Hitze ist dies jedoch kaum möglich. Was nützt es, wenn man sich nur im Hause aufhält; die drückende Luft erschläft das Nervensystem und macht den Menschen unzulänglich zur Arbeit.

Etwas von der Bautätigkeit. Bekanntlich stützen sich unsere braven Innungsmeister, welche die beschriebenen Forderungen ihrer Leute nicht bewilligen wollen, in erster Linie darauf, daß die Bautätigkeit am Orte nicht sehr groß ist. Daß sie mit dieser Anschauung jedoch der Wahrheit ins Gesicht schlagen, ist für den Eingeweihten ziemlich klar.

Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und endigen am 15. September. Es werden während der Zeit nur Termine in Familiensachen abgehalten und Entscheidungen erlassen. Während der Ferien wird der Lauf einer Frist gehemmt und der noch übrige Teil der Frist beginnt mit dem Ende der Ferien zu laufen.

Das rechtzeitige Räumen der Wohnungen wird von vielen Mietern noch oft unterlassen. Manche glauben, daß sie mit dem Räumen der innegehabten Wohnung nach Ablauf der Mietzeit noch 3 Tage Zeit hätten. Diese Annahme ist falsch! Zwar nennt das Bürgerliche Gesetzbuch nicht eine bestimmte Stunden- oder Tageszahl, in der die Räumung vollzogen sein muß, unzweifelhaft ist aber im § 556 ausgesprochen, daß die Pflicht des Vermieters, dem

Mieter die vermietete Sache zu gewähren, nach Beendigung des Mietverhältnisses erlischt. Hat also der Vermieter die Wohnung bereits zum 1. Juli anderweitig vermietet und der alte Mieter räumt nicht, so darf der neue Mieter nicht einzutreten, wäre der Vermieter berechtigt, neben der Miete noch Schadenersatz zu verlangen.

In den Kreisen liegen sich heute! Die Nationalsozialen Lübeds und die Schleswig-holsteinischen Freisinnigen haben gefunden, daß sie einander waidig sind. Deshalb haben beide Teile folgenden Vertrag abgeschlossen:

Vertrag zwischen der Deutsch-Freisinnigen Partei in Schleswig-Holstein und dem National Sozialen Verein in Lübeck, Ortsgruppe des Wahlvereins der Liberalen.

Der National-Soziale Verein Lübeck, Ortsgruppe des Wahlvereins der Liberalen, tritt der Deutsch-Freisinnigen Partei in Schleswig-Holstein bei. Damit erwirbt er das Recht, an den Parteitag durch seine Delegierten teilzunehmen, im Landesausschuß vertreten zu sein und im geschäftsführenden Ausschuß bei wichtigen politischen Fragen oder bei Angelegenheiten, welche den Lübeder Verein besonders interessieren, durch eigene Abgeordnete seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Der geschäftsführende Ausschuß verpflichtet sich, durch seinen Parteisekretär, durch die neu begründete Zeitungs-Korrespondenz und durch rednerische bzw. andere Hilfe dem entschiedenen Liberalismus in Lübeck nach Kräften zu dienen. Ueberhaupt ist dieser Vertrag abgeschlossen zur gegenseitigen Stärkung der Organisationen, zur Verbreitung freisinniger Ideen und zur planmäßigen Vorbereitung von Wahlen liberaler Männer.

Lübeck, den 24. Juni 1906. J. A. B. Döring.

Kiel, den 27. Juni 1906. J. A. S. Wolgast.

Wunderbar ist es, daß die Nationalsozialen, die vielfach noch reaktionärer sind, als die sogenannten Freisinnigen, sich nicht dem Lübeder Verein der Freisinnigen Volkspartei angeschlossen haben. Vielleicht sollen sie die neubegründete Zeitungskorrespondenz etwas auf die Beine stellen; daß davon die Zeitung des „Stadt- und Landbote“ sehr erfreut sein dürfte, ist kaum anzunehmen.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, den 10. Juli 1906, abends 6 Uhr, im Bürgerchaftssaal statt.

Neue Tage. Die von der Trägerkorporation im Einvernehmen mit der Handelskammer festgesetzte neue Tage für den Arbeitslohn der Träger vom 1. Juli 1906 liegt in der Kasse der Kaufmannschaft zum Verkauf aus und wird daselbst zum Preise von 20 Bfg. für das Exemplar abgegeben.

Zur Warnung vor dem Genuße unreifen Obstes diene folgender Fall: Unter Vergiftungserscheinungen verstarb in der Nacht vom 27. Juni der achtjährige Sohn Paul Kurt der in Leipzig wohnenden Familie Strieler. Die Todesursache wird dem Genuße unreifen Obstes zugeschrieben.

Rudolf Schildkraut, einer der besten deutschen Charakter-schauspieler, gastiert am kommenden Dienstag erstmalig in der Stadthalle, und zwar als Flachsmann in Otto Ernst Stommbies „Flachsmann als Erzieher“. Wir wollen nicht unterlassen, auf diese Vorstellung besonders aufmerksam zu machen.

Einige polizeiliche Nachrichten. In der Nacht vom 1. zum 2. ds. Mis. wurde der Schauffasser eines an der Mühlenstraße wohnhaften Schuhmachers erbrochen und aus demselben ein Paar Herrenreitstiefel aus Ledleder im Werte von 40 Mk. und ein Paar schwarze Kinder-Normal-Stiefel gestohlen. — Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter wegen Verbrechen nach § 176 Str.-G.-B. — Gestern Nachmittag machte ein 74-jähriger Handelsmann von hier seinem Leben durch Erhängen im Forstort „Sämerin“ ein Ende. Lebensüberdruck dürfte das Motiv der Tat sein. — Am Sonntagnachmittag erkrankte beim Baden in der Traue bei den Bornmerter Wiesen der Koch des im hiesigen Hafen liegenden Dreimastschoners „Doris“. Die Leiche ist geborgen. — Gegen eine nach Hamburg versandene Schneiderin wurde seitens eines Dienstmädchens Anzeige wegen Diebstahls erstattet.

Hamburg. Mörderverbrecher wider Willen. Der Gaudierer Borr, der von einem leider nicht ermittelten geriebenen Menschen zunächst unbewußt als Werkzeug gebraucht worden ist, falls Geld, 20 Mk.-Stücke, im Umlauf zu setzen, wurde vom Schwurgericht wegen Münzverbrechen unter Annahme mildernder Umstände zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Nach Schluß der Verhandlung veranstalteten die Geschworenen eine Kollekte für den Angeklagten, die 48 Mk. brachte. Um aber dem Angeklagten nachhaltig zu helfen, hat einer der Geschworenen sich erboten, für das fernere Fortkommen des jungen Menschen dadurch zu sorgen, daß er ihm eine Stelle zu verschaffen gedenkt. Ferner haben die Geschworenen ein Gnadengesuch für den Verurteilten an den Senat gesandt.

Hamburg. Den Tod durch Ertrinken fand am Freitag abend gegen 8 1/2 Uhr der 54-jährige Carl Stier, dessen Eltern in der Osterbeckstraße 38, Haus 2, wohnen. Er ist in den Osterbeckkanal gefallen und konnte nicht gerettet werden. Die Leiche wurde in's Hafentränkenhaus gebracht. — Zwei Selbstmorde. Der Schlächtermeister B. in der Bremerreihe 29 hat sich, da er eine Strafe verbüßen sollte, erhängt. Ein unbekannter Mann ist am Freitag abend von der Elbbrücke gesprungen. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden. — Beim Baden ertrunk ein 16 Jahre alte Realschüler Gümlinghof, mohnhaft Hochalle Nr. 9, badete Sonntag nachmittag in Gesellschaft von zwei Freunden in der Nähe der Eppendorfer Badeanstalt. Plötzlich ging der junge Mann unter.



Er konnte nur als Leiche aus dem Wasser gezogen werden. Da der Tote schwimmen konnte, glaubt man, daß er von einem Herzschlag betroffen worden ist.

**Kellinghusen.** Die Tischler in Kellinghusen haben das Post- und Logiswesen bei den Meistern abgekauft. Da sie alle organisiert sind, war es ihnen möglich, dies ohne Kampf durchzuführen. Die Meister haben sich verpflichtet, keinen Gesellen mehr in Post und Logis zu nehmen. Außerdem wurde der Mindestlohn von 30 auf 33 Pfg. pro Stunde erhöht.

**Mitrow.** Eine Einigung wurde zwischen den streikenden Zimmerern und deren Arbeitgebern erzielt, wonach die Zimmerer am Montag die Arbeit für einen Stundenlohn von 33 Pfennigen bei 10 stündiger Arbeitszeit wiederaufnehmen. Bezahlt wurden vorher 30 Pfg. Stundenlohn.

**Bremen.** Vom „blauen Bund“ in Bremen. Als Donnerstagsmorgen die Arbeiter der Aktien-Gesellschaft „Weser“ zur Arbeit kamen, prangte, wie die „Bremer Bürger-Zeitung“ berichtet, vor der Werk ein Anschlag, der alle diejenigen Arbeiter, die keine Verbände angehören, zu einer Abends 8 1/2 Uhr angesetzten Besprechung einlud. Die Besprechung fand denn auch statt. Umfänglich waren circa 300 Personen, welche sich in Anbetracht der in Aussicht gestellten Ausperrungen eingefunden hatten, um die Ausführungen des Einberufers anzuhören. Es war aber nicht des Anhörens wert. Der Einberufer führte

Nebensarten, welche den Anwesenden schlecht gefielen und der Entrüstung hervorriefen. Kurz, die Besprechung bewirkte weiter nichts, als die gehoffte Gründung eines sogenannten blauen Bundes. Obwohl die Besprechung nur eine von solchen Arbeitern sein sollte, die dem Bunde beizutreten gewillt waren, wollte der Referent den gegen seine Ausführungen protestierenden Anwesenden doch gestatten, dazubleiben, wenn sie sich ruhig verhalten wollten. Aus der Mitte der Versammlung aber wurde die Anregung gegeben, daß sämtliche anwesenden Organisierten das Lokal verlassen sollten und dieser Anregung wurde auch Folge gegeben. Und siehe da, es blieb niemand im Lokal außer dem Einberufer. Soffentlich ist er über die Gründung des „blauen Bundes“ mit sich einig geworden!

### Setzte Nachrichten.

**Dirschau.** Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich Sonnabend früh bei Dirschau (Regierungsbezirk Danzig) ereignet. Es wird darüber gemeldet: Heute früh fuhr ein Rangierzug im Nebel gegen den Prielbock des Ablaufgeleises. Die Maschine stürzte die hohe Böschung hinab, den Lokomotivführer und den Feiger unter sich begrabend. Der Feiger starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Der Lokomotivführer, dem die Brust verbrüht und beide Beine

gebrochen waren, liegt hoffnungslos da-nieder.

**Denken.** Ein schieflustiger Förster. Der bei dem Grafen Zieles-Windler angestellte Förster Wald-schied schoß auf zwei Bergleute, die ihn an-griffen. Der eine wurde getötet, der andere ver-lebt.

**Waldburg.** Automobilunfall. Auf der Chaussee wurde der Schlosser Wocichowski durch ein Automobil überfahren und sofort ge-tötet.

**Dresden.** Der Zigarettenarbeiterinnen-streit ist nach einer Meldung des „Hbg. Corresp.“ durch gegenfeitiges Entgegenkommen beendet. Der Boykott wurde aufgehoben. Die Ein-stellung des Personals erfolgt sofort.

**Mannheim.** Das Schwurgericht verurteilte den Schreiner Becker aus Heidelberg wegen Mordes an einem Dienstmädchen zum Tode.

### Eternichs-Viehmarkt.

Hamburg, 1. Juli.

Der Schweinehandel verlief gut. Kugelbirt wurden 1319 Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Verlanbschweine, schwere 62—63 Mt., leichte 63—64 Mt., Sauen 64—69 Mt. und Ferkel 60—63 Mt. pro 100 Pfund.

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen hoch-erfreut an

**Wilh. Frahm und Frau,**  
Anna, geb. Lange.

Am 1. Juli, morgens 1 1/2 Uhr, starb nach schwerem Leiden mein lieber Mann und meines Sohnes guter Vater, unser Schwiegerjohn, Schwager und Neffe

### Max Petersen

im 28 Lebensjahre. Ruhs Tiefste betrauert von den Hinterbliebenen.

**Frieda Petersen, geb. Heinde,**  
**Carl Heincke und Familie,**  
**Elise Johannsen.**

Bübek, Ludwigstraße 69, und Neustadt Die Beerdigung findet am Dienstag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der St. Lorenzstraße aus statt. Trauerfeier 8 Uhr.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, der Witwe

### Marie Kemp verm. Tollgreen

sagen allen Beteiligten, sowie Herrn Pastor Reim-pell für die trostreichen Worte herzlichsten Dank.

### Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Kranzspenden anlässlich der Be-erdigung eines unserer Zwillingkinder sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren tief-schmerzlichen Dank

**C. F. Mühlmann und Frau,**  
geb. Strund.

Allen, die unserm lieben Entschlafenen durch Geseit und Blumenpenden die letzte Ehre er-wielen haben, insbesondere Herrn Pastor Haensel für die trostreichen Worte, der Firma Fr. Coers u. Co. und den Herren Beamten, Mitarbeitern u. Arbeiterinnen für die Unterstützung unsern auf-richtigen Dank.

### Familie Süders.

Ein freundliches Parkterre-Zimmer, Straßen-wärts, an ein oder zwei junge Leute oder Mäd-chen zu vermieten. An der Mauer 134 bei der Weberstraße.

**Eine Wohnung** von zwei Stuben, Küche und Keller zu vermieten. Preis 160 Mt. Arminstr. 27b, Bart.

**Eine Wohnung** zu vermieten. Friedensstraße 65.

**Logis** nach vorne für ein oder zwei junge Leute. Engelwisch 55.

**Junge Frau sucht Beschäftigung** in Abwaschen und Gläserspülen zum Volksfest Bedergrube 28/9, 1

Gesucht aus dem Kreise unserer Mitglieder eine **Reinmachefrau.**

Adr. erbeten unter K V an die Exped. d. Bl. Konsumverein für Lübeck und Umgegend.

**Kleines Haus vor dem Holstentor** fortzugsbiller billig zu verkaufen. Käufer wohnt auf 60 Mt. Dff. u. B 45 an die Exped. d. Bl.

**Eine gute haltbare Federmatratze** billig zu verkaufen. Glandorpstraße 42, 1.

**Gut sitzende Kanarienvögel** von 5 bis 8 Mark. Lünenhagen 7.

**Ein kleiner schwarzer Spitz** entlaufen. Lang Angulkenstraße 15, 1. Etage. erbeten.

**Hauswandwäsche** wird noch angenommen. Dieselbe wird abgeholt und gebracht. 100 Stück 6 Mt. Oferten unter K 100 an die Exped. d. Bl.

**Zarte Sommerfangheringe** Stück 8 und 10 Pf., große fette Herbstfang-Seringe Stück 5 und 6 Pfg., bei größerer Abnahme entsprechend billiger empfiehl.

**Ludw. Hartwig,** Obertrave 8. Sie erhalten rote Lubeca-Marken.

## Geschäfts-Übernahme.

Meinen werten Kunden, Nachbarn und Bünnern die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage meine

**Kolonial-, Fettwaren-, Flaschenbier-, Tabak-, Zigarren-, Feuerung- u. Kartoffel-Handlung** an Herrn **Otto Schweim** verkauft habe.

Indem ich für das mir erwiesene Wohlwollen bestens danke, bitte, das-selbe auch auf meinen Herrn Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

**Carl Johst, Bülowstraße 8.**

Bezugnehmend auf obiges bitte ich, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Für gute, reelle und preis-werte Ware werde stets Sorge tragen und bitte ich daher, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

**Otto Schweim.**

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins „Lubeca“.

## 213. Preuss. Klassen-Lotterie.

Zur ersten Klasse bis zum 6. Juli erhältlich:

1/1 40 Mk. 1/2 20 Mk. 1/4 10 Mk. 1/8 5 Mk. 1/10 4 Mk.

### Carl Bischof

Lotterie-Einnahmer, Fischstraße 34.

## Sozialdemokratischer Verein.

## General-Versammlung

am Montag den 3. Juli d. Js.

abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Fortsetzung der Beratung über den Organisations-Entwurf.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Mitgliedsbücher sind am Eingang vorzuzeigen.

**Kleiderschrank** zu kaufen gesucht Kleischbauerstraße 87.

**Uhrfeder einsehen** . . 1.50 Mt.  
**Taschenuhr reinigen** 1.50 =  
1 Jahr Garantie.

**Ernst Gentzen, Uhrmacher,**  
Königsstraße 62, b. d. Süßstraße.

**Scherm's**  
**Reisehandbuch**  
für wandernde Arbeiter.

Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte  
— Preis 1,50 Mk. —  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 50.

Schmerzloses Einsetzen  
**künstlicher Zähne**  
ohne Herausnahme der Wurzeln  
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen  
Teilzahlung gestattet.  
**M. Marks, Zahnkünstler,**  
Mühlenstr. 28.

**Geschäfts-Eröffnung.**  
Meinen werten Kunden sowie der geehrten Nach-barchaft zur gefälligen Nachricht, daß ich mein  
Tabak- und Zigarren-Geschäft  
von Warendorpsstraße 60 nach Waisenhof-straße 13 verlegt habe.  
Hochachtungsvoll **Jean Hauffenmeyer.**

**C. Blohm,**  
Glewigstraße Nr. 30  
empfehl. sich zum Dachdecken und reparieren.

## Beim Kauf einer Nähmaschine

siehe man stets darauf,

daß sie diese Fabrikmarke trägt.



um sicher zu sein, eine

## SINGER

zu erhalten.

**Singer Co. Nähmaschinen Akt. G.**  
Lübeck: nur Breitestraße 40.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Um-gegend, besonders des Mühlentors, die ergebene Mitteilung, daß ich am Dienstag den 4. Juli im Erdgeschoss des Herrn Blöb, Mühlen-straße 25,

ein Grün- u. Fettwarengeschäft, verbunden mit Brot- und Bierhandlung eröffnen werde. Nur gute und reelle Ware zu-sichernd, bitte um geneigten Zuspruch und zeichne  
Achtungsvoll  
**Theodor Peterson.**

Auf 1 Pfund Margarine 4 grüne Rabatt-marke.

## Wegen Geschäftsverlegung. Ausverkauf

meines Zigarren- und Zigarettenlagers zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**Eugen Stutzer,**

Königsstr. 80, gegenüber dem Katharineum.

## Sämtliche Maler- und Anstreich-Arbeiten

werden auf u. billig ausgef. Friedensstr. 71.

**Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs-arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**  
(Zahlstelle Lübeck.)

## Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 4. Juli

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme. 2. Abrechnung 3. Kartellbericht. 4. Fragekasten. 5. Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.

## Verband der Zimmerer.

Zahlstelle Cronsforde.

**Einladung zum**

**BALL**

am Sonntag den 9. Juli

im Lokale des Frn. König in Ober-Büßan.

Entree Mt. 1.—

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Dazu ladet freundlichst ein

Das Komitee und H. König.

Das Vergnügungstokal bleibt von 6 Uhr an für Nicht-Festteilnehmer geschlossen.

## Stadt-Halle.

Dienstag: Abonements-Vorstell. 52.

Gastspiel R. Schildkraut vom Deutschen Schauspielhaus Hamburg

**Otto Ernst**

**Flachsmann als Erzieher.**

Anfang 7 1/2 Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.

Mittwoch: Waise von Lowood.



## Die 4. internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen

saub am 23. und 24. Juni in Amsterdam statt. Vertreter waren: England, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland (Sachsen, Bayern, Österreich, Ungarn und Spanien). Italien hatte einen Vertreter angemeldet, der aber nicht erschien. Die Schweiz war mit Rücksicht auf die augenblicklichen gewerkschaftlichen Kämpfe nicht imstande, einen Vertreter zu entsenden.

Die tschecho-slawische Gewerkschaftskommission in Prag hatte ebenfalls einen Delegierten, Gen. K r e m e r, entsandt, mit dem Verlangen, ihn als Vertreter der tschechischen Gewerkschaften anzuerkennen. Diesem Verlangen konnte nicht entsprochen werden, da bereits auf den früheren internationalen Konferenzen festgelegt wurde, daß für jedes Land nur eine einzige Zentrale anerkannt werden kann und daß diese die einzige Zentrale des in Wien bestehenden Gewerkschaftskommission Österreichs ist.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Bulgariens hatte den Vorgesetzten Legation gebeten, die bulgarischen Gewerkschaften auf der internationalen Konferenz zu vertreten. Diesem Wunsche konnte nicht entsprochen werden, da auch bereits auf einer früheren Konferenz ausdrücklich festgelegt wurde, daß nur solche Vertreter zu entsenden sind, die in der Gewerkschaftsbewegung des betreffenden Landes eine leitende Stellung einnehmen.

Von den australischen Gewerkschaften lag ein Schreiben vor, daß sie wegen der großen Entfernung nicht an der Sitzung teilnehmen können.

Die American Federation of Labor, gezeichnet Gompers, teilte mit, daß sie sich an der Amsterdamer Konferenz nicht beteiligen kann, da die Zeit zu ungünstig liegt. Man würde auch gern an den internationalen Konferenzen teilnehmen, wenn diese kurz vor oder nach dem englischen Trades-Unions-Kongress stattfinden können. Es sei bei der ungeheuren Entfernung nicht möglich, zweimal Delegierte zu entsenden, und ebenfalls ginge es nicht an, daß die Delegierten zweifach monatelang in Europa blieben.

Mit Rücksicht darauf wurde beschlossen, die nächste internationale Konferenz erst gegen Anfang September, unmittelbar vor dem englischen Trades-Unions-Kongress abzuhalten.

Die internationalen Konferenzen haben bisher immer im Anschluß an einen nationalen Gewerkschaftskongress stattgefunden, damit den Vertretern der verschiedenen Länder die Möglichkeit gegeben wird, sich über die Gewerkschaftsbewegung in dem Lande, wo die Konferenz gerade stattfindet, zu unterrichten. Da nun in zwei Jahren, wann die nächste internationale Konferenz stattfinden soll, der norwegische Gewerkschaftskongress jedenfalls verbunden mit dem alle fünf Jahre stattfindenden skandinavischen Gewerkschaftskongress, stattfinden und zwar in der Jahreszeit, in der die internationale Konferenz stattfinden soll, so wurde beschlossen, die nächste Konferenz in Kristiania abzuhalten.

Frankreich, das an den beiden letzten internationalen Konferenzen teilgenommen hat, ist diesmal unvertreten, da seinem Verlangen, die Punkte „Generalstreik“, „Antimilitarismus“ und „Achtstundentag“ auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, nicht entsprochen werden konnte. Auf eine diesbezügliche Anfrage, die der internationale Sekretär an die verschiedenen Landeszentralen gerichtet hatte, war mit großer Majorität geantwortet worden, daß die internationalen Konferenzen der gewerkschaftlichen Landeszentralen den Zweck haben, die internationale Verbindung der Gewerkschaften zu befestigen und daß sie nicht zu einem Diskussionsklub werden sollen, in dem theoretische Fragen erörtert werden. Die Frage des Antimilitarismus sei nicht Sache der Gewerkschaften, die Frage des Generalstreiks sei durch den internationalen Kongress in Amsterdam vorläufig erledigt, der Achtstundentag sei wohl diskutabel, es würden aber neue Momente nicht zutage treten können.

Es wurde allgemein bedauert, daß sich Frankreich von der Konferenz ferngehalten hat. Im übrigen hielt man aber an dem bisher eingenommenen Standpunkte fest und erklärte die Aufgaben der internationalen Konferenz folgendermaßen:

Aufgabe der Konferenz ist, zu beraten über den engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften aller Länder, über einseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterklasse im Zusammenhang stehende Fragen.

Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.

Über die Zusammensetzung der Konferenz wurde folgendes beschlossen:

Die Sekretäre der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen, repräsentive die von den gewerkschaftlichen Landeszentralen ernannten oder von den angeschlossenen Gewerkschaften gewählten Delegierten treten alle zwei Jahre zu einer Konferenz zusammen.

Zu diesen Konferenzen wird jede Landeszentrale höchstens zwei Delegierte entsenden.

Aus dem Kasienbericht, den der internationale Sekretär Legation erstattet, geht hervor, daß der bisherige Beitrag der angeschlossenen Gewerkschaften, 50 Pf. pro Jahr und 1000 Mitglieder, nicht ausreicht, um die Ausgaben des internationalen Sekretariats zu decken. Im allgemeinen waren die Ausgaben sehr geringe, nur bei drei Sprachen herausgegebene internationale Berichte der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat bedeutende Kosten, an 4000 Mk., verursacht, von denen nur circa 1800 Mk. wieder eingekommen sind. Wollte man darauf verzichten, den Bericht alljährlich herauszugeben, so könnte man mit dem jetzigen Beitrag auskommen. Da nun aber der bisherige Beitrag tatsächlich sehr geringe es aus agitatorischen Gründen wünschenswert sei, den internationalen Bericht alljährlich herauszugeben, so schlägt er vor, den Beitrag zu erhöhen.

Auf Vorschlag von Holland wird dann auch einstimmig beschlossen, den Beitrag pro Jahr und 1000 Mitglieder von 50 Pf. auf eine Mark zu erhöhen, und mit sechs gegen vier Stimmen, den internationalen Bericht jährlich herauszugeben.

Bei dieser Gelegenheit wird die Tätigkeit des bisherigen internationalen Sekretärs, besonders die Zusammenstellung des internationalen Berichts, allseitig lobend anerkannt.

Bei der Beratung der vorliegenden Anträge wird von deutscher Seite den englischen Delegierten gegenüber der Wunsch ausgesprochen, dahin zu wirken, daß die englischen Gewerkschaften zureisenden ausländischen Gewerkschaftlern mehr Entgegenkommen zeigen als bisher. Ebenfalls wie der österreichische Gewerkschaftler, der nach Deutschland kommt, abgesehen von der Unterstützungsberechtigung, als organisierter Arbeiter anerkannt wird, müsse man auch von den englischen Gewerkschaften verlangen, daß sie ein von den internationalen Zentralstellen angeschlossener Länder zureisendes Mitglied der dortigen Gewerkschaften als gewerkschaftlich organisiert anerkennen und ohne weitere Hindernisse in die dortigen Trades-Unions aufnehmen. Ob man ihm sofort Unterstützungsberechtigung zuerkennen wolle, kann erst in zweiter Linie. Die Hauptsache sei: Wer in einem der angeschlossenen Länder Mitglied der gewerkschaftlichen Organisation geworden ist, müsse auch in der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter anerkannt werden.

Die englischen Delegierten glauben, daß im allgemeinen diese Frage zwischen den einzelnen Berufsorganisationen der verschiedenen Länder zu erledigen sei, und daß es schwer sein wird, auf die noch rückständigen Organisationen einzuwirken. Sie erklärten sich aber bereit, in der gewünschten Weise tätig zu sein.

Ein Antrag Hollands lautet: „Die internationale Konferenz wolle überlegen, ob es

möglich ist, eine internationale Korrespondenzsprache einzuführen. Das internationale Sekretariat wird beauftragt, eine Untersuchung darüber anzustellen und der nächsten internationalen Konferenz einen Vorschlag oder Antrag vorzulegen, damit auf der fünften internationalen Konferenz endgültig entschieden werden kann.“

In der Begründung dieses Antrages wird darauf hingewiesen, wie schwierig es sei, infolge der Sprachunterschiede eine internationale Verbindung durchzuführen. Man habe von Seiten der Antragsteller keine bestimmte lebende oder tote Sprache in Vorschlag zu bringen, wünsche aber, daß eine Aussprache hierüber stattfindet.

Sassenherg schlägt vor, eine lebende Sprache, am besten die englische, in Betracht zu ziehen.

Der Antrag Holland wird mit großer Majorität abgelehnt.

Folgender Antrag Dänemarks wird angenommen, nachdem sich Dänemark damit einverstanden erklärt, daß die Erhebung nicht, wie ursprünglich vorgeschlagen, 1906, sondern 1908 stattfindet:

Die Konferenz beschließt, durch das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen im Jahre 1906 eine Untersuchung über die Länge der Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern vorzunehmen. Das durch die Untersuchung gewonnene Material ist den Landeszentralen in den drei Hauptsprachen in gewöhnlicher Weise Anfang 1907 zuzustellen.

In der Diskussion wird allgemein betont, wie wichtig es sei, festzustellen, wie weit die einzelnen Berufe in den einzelnen Ländern auf dem Wege zu dem Achtstundentag gekommen sind. Damit die Sache einen agitatorischen Wert habe, müsse festgestellt werden, wie viele Angehörige eines bestimmten Berufes in einem bestimmten Lande diese oder jene Arbeitszeit haben. Dadurch würden die Berufe eines Landes, die schlechter dastehen, als die Berufsgenossen eines anderen, die schlechter dastehen, von diesem nachzustreben. Man würde dadurch die allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit mehr fördern als mit allen möglichen Nebenarten. In dem Berichte eines jeden Landes sei zunächst mitzutheilen, in welcher Weise eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit in dem betreffenden Lande besteht. Um etwas Einheitliches zu bekommen, soll der internationale Sekretär Fragebogen für alle angeschlossenen Länder ausgeben.

Ein Antrag von England wünscht: „Auf der Konferenz die Frage der „Arbeits-Registrierung“ (Labour Registries) zu beraten.“

Es handelt sich hierbei nicht um statistische Fragen, sondern um die beste Art der Arbeitsvermittlung. In England zeigen sich Bestrebungen, auch im Parlament, paritätische Arbeitsnachweise einzuführen. Da nun die englischen Gewerkschaften durch die bisherigen gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise die Möglichkeit gehabt haben, bei Vermittlung von Arbeit auf Anerkennung der gewerkschaftlichen Forderungen zu wirken, so befürchtet man von der Einführung paritätischer Arbeitsnachweise eine Schädigung der Arbeitsverhältnisse. Man will deshalb gerne wissen, welche Erfahrungen die Gewerkschaften anderer Länder mit paritätischen Arbeitsnachweisen gemacht haben.

Legien macht den Vorschlag, der als das Beste anerkannt wird, daß im nächsten internationalen Bericht die einzelnen Länder darlegen sollen, in welcher Weise die Arbeitsvermittlung in ihrem Lande organisiert ist, und ob diese Art der Vermittlung auch im Interesse der Arbeiter liegt.

Die Beratung der vorliegenden Anträge ist damit erledigt. Als Sitz des Internationalen Sekretariats wird wieder Deutschland bestimmt und zwar einstimmig; ebenso einstimmig wird Legien als internationaler Sekretär wiedergewählt.

## Am den Porbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

(10. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Das weiß ich“, entgegnete Kerschütter die junge Dame. „So entsehrlich es ist, so gibt mir Gott doch den Trost, meinen teuren Reinhard in so liebevollen Händen zu sehen. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen, Herr Doktor. Sie haben so viel für ihn getan — wie sollen wir es Ihnen je vergelten? Wie sind jetzt nicht einmal im Stande —“

„Handle aus Interesse“, unterbrach er sie verlegen. „Ich handle aus Interesse für den armen Herrn Doktor, mit ihm allein habe ich es zu tun — Sie und die übrigen sind mir gar nichts schuldig.“

„D. Sie versuchen damit nur, sich unserer Dankbarkeit zu entziehen —“

Doktor Fresen schüttelte ungeduldig den Kopf. „Wer weiß, vielleicht bin ich egoistischer, als Sie denken“, verfecht er mit flüchtigem Grinsen, das in Gegenwart Verurtheilte befremdlich wirkte. „Ich bin ein Mann, der die Pflicht, die nur meine Pflicht. Soll ich gleichgültiger sein als die ganze übrige Gesellschaft? Ruft nicht das tragische Schicksal Ihres Herrn Bruders in der ganzen Stadt die lauteste Teilnahme hervor?“

Gertrud erkannte, daß das Thema ihm peinlich war. Nach kurzem Schweigen zu einem anderen Gegenstand übergehend, erkundigte sie sich, wer der Unglückliche sei, der sich einbildete, ein Bild zu sein.“

„Ein Freiherr Theo v. Dittsch-Stopfingen — aus sehr guter Familie. Der Unglückliche bildet sich ein, er sei ein Prinz Kasimir und der Sohn eines mächtigen Königs, der er heute dieses, morgen jenes Reiches. Im übrigen ist er jedoch, sofern er nicht außergewöhnlich gerätet wird, ein völlig harmloser und gutmütiger Mensch, der niemanden ein Leid tut.“

„Ist sein Leiden heilbar?“

Der Doktor verneinte.

„Wie traurig, wie erschütternd“, rief Gertrud teilnahmsvoll. „Ich möchte nicht in die Notwendigkeit versetzt sein, immer unter diesen unglücklichen Menschen — oder eigentlich nur Schatten von Menschen — zu verweilen. Wahrbastig, ich beneide Sie nicht um Ihren Beruf und um Ihre Aufgabe.“

„Gewohnheit erleichtert sie“, erwiderte Fresen ernst. „Und es ist notwendig für Leiden selbst, daß dies unerbittliche Naturgesetz existiert. Was sollte aus den Kranken werden, wenn ihr weiches Empfinden die Gesunden verhinert, sie zu pflegen und um sie zu sein? Deshalb braucht man noch nicht abzustumpfen, man befreit sich nur von der allzu großen Sensibilität, das Mitleid und die Teilnahme bleiben unangefast.“

„Auf den ersten Blick hielt ich den Freiherrn nicht für einen der Besten, er brachte einen durchaus normalen Eindruck hervor. Als ich ihn jedoch näher fixierte, bemerkte ich ein eigentümliches Flackern in seinen Augen.“

„Er war heute ganz besonders ausgelegt“, bestätigte der Doktor.

„Sein Anzug sah einigermaßen abgetragen aus“, bemerkte das junge Mädchen. „Er ist wohl arm?“

Der Doktor lachte.

„Arm? Hat jährlich 15 000 Mark Zinsen zu verzehren, das ist doch ein hübsches Sümmchen. Nein, das ist so die Art dieser Herren, sie werden in bezug auf ihre Toilette äußerst nachlässig. Der Freiherr macht infolge der Besonderheit seiner fixen Idee eigentlich noch eine rühmliche Ausnahme.“

„Wie lange ist Prinz — der Freiherr schon hier?“

Der Arme befindet sich schon dreißig Jahre im Irrenhause, wenn er auch nur einen Teil dieser Periode in unserer Anstalt zugebracht hat.“

Gertrud blieb erschüttert auf der Treppe, die sie eben hinaufstiegen, stehen.

„Dreißig Jahre lebendig tot“, rief sie und jeder Blutstropfen wich aus ihren Augen. „Dreißig Jahre — ein halbes Menschenleben — o der Bedauernswerte, der Glende, ihm wäre besser, er wäre gestorben!“

„Sie müssen bedenken, Fräulein, daß er seinen Zustand nicht empfindet. Er ist im großen ganzen glücklicher als mancher Gesunde. Er hat keine Sorgen und fühlt sich zu großen Taten berufen. Sein einziger Kummer ist, daß sein Vater, der König, ihn hier in halber Gefangenschaft hält. Das haben wir ihm vorreden müssen, um ihn ergebener in sein Schicksal zu machen. Wir verträsten ihn immer auf die Stunde der Befreiung.“

„Und das schon dreißig Jahre lang?“

Fresen zuckte die Achseln.

„Der Arme hat keinen Begriff von Zeit — er hält sich für jung und glaubt, daß er sich höchstens erst seit ein paar Monaten hier befindet.“

„Wodurch ist er denn in diesen erbarmungswürdigen Zustand geraten?“

„Ich weiß es nicht, ich hörte einmal von einer unglücklichen Ehe erzählen. Anscheinend ist er erblich belastet.“

„Was meinte er denn mit dem Schatz, dem Geheimnis, von dem er sprach?“

„Das ist ebenfalls eine fixe Idee von ihm, von der er so wenig wie von der anderen zu befreien ist.“

„Spricht er sich immer davon?“

„Solange ich ihn kenne. Und wahrscheinlich hat der Gedanke schon viel früher in ihm Wurzel gefaßt. Seine Mutter, die ihm, wie er meint, den Schatz hinterlassen soll, frey ihres Reichthums sehr geizig und habgierig gewesen sein; sie schabte und habberte zusammen, was und wo sie nur konnte, und da ihre Hinterlassenschaft trotz alledem den darauf gesetzten Erwartungen nicht entsprach, so nahm man an,



# Soziales und Parteileben.

An die gesamte Arbeiterchaft. Unverändert und unter den schwersten Opfern kämpfen nun bereits über fünf Wochen die Dresdener Zigarettenarbeiterinnen gegen eine Vereinbarung von Zigarettenfabrikanten, die unter Anwendung aller Mittel von ihnen verlangt, daß sie ihr Koalitionsrecht, ihre gewerkschaftliche Vereinigung preisgeben sollen, und die nicht gewillt ist, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Die Zigarettenfabrikanten im Arbeitgeberverband, wohl wissend, daß durch die Betrümmung der gewerkschaftlichen Organisation jeder Widerstand ihrer Arbeiterinnen gebrochen ist, sehen alles daran, dieses Ziel zu erreichen. Jede Handlung, die einigermaßen Aussicht auf Erfolg verspricht, wird begangen, um den bewundernswerten Mut und die Geschlossenheit der kämpfenden Arbeiterinnen zu brechen, um die Rechtslosmachung durchzusetzen. Selbst Frauen und Töchter aus den "besseren" Ständen wurden wiederholt aufgeföhrt (einige leider auch mit Erfolg), Streikbrecherdienste zu leisten. Provokationen, unmotivierte Maßregeln von verschiedenen Seiten unterstützen die Handlungen der vereinigten Arbeitgeber. Darf die Klassenbewußte Arbeiterchaft angesichts dieser Tatsachen mit Gewalt bei Fuß ruhig zusehen? Wir glauben nicht! Sie hat und muß ein solches Interesse an der Erhaltung der allerdings noch jungen gewerkschaftlichen Organisation unter den Dresdener Zigarettenarbeiterinnen haben und bestrebt sein, diese zu schützen. Auf allen Kongressen und Zusammenkünften der Arbeiterchaft wird mit Recht über die mangelhafte gewerkschaftliche Organisation unter den Arbeiterinnen Klage geführt und darauf hingewiesen, daß dieser bellagene Zustand lähmend auf die gesamte Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen wirkt und alles daran gesetzt werden muß, diese zu fördern. Mit Recht kann gesagt werden, daß je getragener die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ist, um so einflußloser die gewerbliche Organisation in dem betreffenden Beruf überhaupt sein wird. Selbst die Arbeiter der Berufe, in denen es heute noch keine oder gering verbreitete Frauennarbeit gibt, sind in hohem Maße interessiert und müssen mit den Arbeitern anderer Berufe gemeinsam die gewerkschaftliche Organisation unter den Arbeiterinnen schützen und fördern helfen. Nicht schöne Worte und schon formulierte Resolutionen helfen, dies schmerzhafte Werk zu vollenden, sondern in erster Linie die Tat, die tatkräftige Hilfe. Arbeiter und Arbeiterinnen! Wir fordern deshalb im Interesse der kämpfenden Zigarettenarbeiterinnen und der gesamten Gewerkschaftsbewegung, daß jeder Organisierte seine Pflicht in moralischer und finanzieller Beziehung erfüllt. Geht es nicht, so sind wir sicher, daß die kämpfenden Dresdener Zigarettenarbeiterinnen den Sieg davontragen werden und die gewerkschaftliche Organisation unter den Arbeiterinnen in schnellerem Tempo sich entwickeln wird. Ein Teil der Kämpfenden ist bei anderen Firmen untergebracht. Zu unterstützen sind noch rund 3000 Arbeiterinnen. Das Gewerkschaftsamt ist stark mit Dresden und Umgebung.

Von den finanziellen Wirkungen des Bergarbeiterstreiks gibt die jetzt im "Reichsanzeiger" veröffentlichte Statistik der Bergarbeiterlöhne im 1. Quartal 1905 ein wohl einigermaßen zutreffendes Bild. Im vierten Quartal 1904 sind im Ruhrgebiet 81 244 597 Mark an Löhnen ausgezahlt worden, im ersten Quartal 1905 nur 60 501 126 Mark. Der Ausfall übersteigt demnach 20 Millionen Mark. Einen erheblichen Teil der im Streik gefehrten Schichten müssen die Belegstellen aber hernach durch Ueberstunden herausgeholt haben, da im ersten Quartal 1905 durchschnittlich 60, im gleichen Quartal 1904 77 Schichten verfahren wurden. Vom 16. Januar bis 9. Februar haben 80-90 Proz. der unterirdischen Belegschaften im Streik gestanden, das waren 22 Arbeitstage Verlust. Hierzu kommen noch die Streikschichten von 1,88 bis 44,12 Proz. der Untertagearbeiter, 1,65 bis 38,70 Proz. der Gesamtschicht, die schon vom 7.-16. Januar streikten; außerdem waren vom 10. bis 15. Februar, nach dem Streikabbruch, noch 4,92 bis 65,77 Proz. der Arbeiter nicht angelegt. Die Arbeitseinstellung erstreckte sich danach über 34 Arbeitstage. Auch die Meldung über einen Lohnrückgang wird bestätigt. Der Durchschnittslohn betrug im Ruhrgebiet im ersten Quartal d. J. 3,94 Mk., gegen 4 Mk. im Vorquartal! In den meisten anderen Bergwerksbezirken ging die Lohnentwicklung günstiger vor

sch. Gegen das Vorquartal stieg im ersten Quartal 1905 der Schichtlohn im Sauerland von 3,98 Mk. auf 4,02 Mk., im Saargebiet von 3,76 Mk. auf 3,80 Mk., in Niederschlesien von 2,83 Mk. auf 2,92 Mk., in Oberschlesien von 2,98 Mk. auf 3,05 Mk.; im Sauerland Braunkohlenbergbau ging der Lohn von 3,09 Mk. auf 3,05 Mk. zurück, im Salzbergbau stieg er von 3,60 Mk. auf 3,68 Mk., in Mansfeld von 3,09 Mk. auf 3,28 Mk., im Oberharz von 2,33 Mk. auf 2,37 Mk., in Siegen-Nassau von 2,97 Mk. auf 3,02 Mk. Die Ruhrbergleute erhoffen von der Aufhebung der Sperre eine günstigere Lohnentwicklung. In den Versammlungen sind schon Stimmen laut geworden, die eine Intervention der Regierung fordern und einen neuen erbitterten Kampf in Aussicht stellen, wenn die von den Kohlenmagnaten willkürlich dekretierte Beschränkung des Freizügigkeitsgesetzes bestehen bliebe.

Die Arbeiter im Stadt- und Landkreis Rattow sind am heutigen Montag in den Ausstand getreten.

Partei und Gewerkschaften in Dänemark. Als ein Zeichen der innigen Verbindung, die zwischen Partei und Gewerkschaften in den skandinavischen Ländern herrscht, darf auch ein Beschluß gelten, den der Kongress des dänischen Bäder- und Konditorverbandes, der in diesen Tagen in Kopenhagen stattfand, gefaßt hat. Der Kongress nahm folgende Resolution an: Der ordentliche Kongress des dänischen Bäder- und Konditorverbandes beschließt, sämtliche Mitglieder des Verbandes aufzufordern, daß sie sich der sozialdemokratischen Partei anschließen und dadurch darauf hinwirken, daß die Vertreter der Arbeiterklasse im Reichstages und in den Kommunen unsere Forderungen: Einführung des achtstündigen Arbeitstages, Abschaffung der Nachtarbeit und Einführung eines wöchentlichen Ruhetages für alle Arbeiter des Faches, zur Durchführung zu bringen suchen.

Zur Schiedsgerichtsfrage. Aus Anlaß des Schiedsgerichts zwischen Albert und Bader schreibt das "Hamburger Echo": "Wir zweifeln nicht, daß bei Beratung des Organisationsstatut unserer Partei auf dem Parteitag in Jena diese Schiedsgerichtsverhandlung eine Rolle spielen wird, nicht wegen ihres Ausgangs, der außer den direkt Beteiligten nur wenige Genossen interessieren dürfte und den gewiß niemand anspricht wird, sondern wegen ihrer Inszenierung. Wie erinnern daran, daß es sich bei der Affäre um gewöhnlichen persönlichen Klatsch und Tratsch handelt, nämlich um die Nachrede gegen den Genossen Bader, dieser habe beim Umzug von München nach Magdeburg, das Magdeburger Parteigeschäft überhört, eine Behauptung, die sich bei den Verhandlungen in der Magdeburger Parteiorganisation sofort als durchaus falsch erwies. Aber dennoch viel Albert, auf den die Verächtlichmachung zurückgeführt wurde, ein Schiedsgericht an, und die Magdeburger Genossen taten dann dasselbe. Natürlich war dazu auf beiden Seiten das formelle Recht vorhanden. Die beiden Parteien hatten auch ganz formell das Recht, ihre Schiedsrichter beliebig zu wählen, und machten von diesem Recht den Gebrauch, sie aus den verschiedensten Ecken und Enden Deutschlands heranzuziehen, von Bant in Oldenburg und von Breslau in Schlesien, von Weimar an der Weiser und von Frankfurt am Main; und wenn sie Genossen aus Tilsit, aus Rosenheim in Bayern, aus M. u. und aus Haderleben genannt hätten, wäre formell dagegen nichts einzuwenden gewesen. Aber auch so schon ist dieses Schiedsgericht die Parteilasse verschiedene hundert Mark, denn die Parteilasse muß zahlen. Wofür diese Summe? Damit eine durch die Verhandlungen der Magdeburger Genossen längt erfolgte Aufklärung noch einmal vor einem Schiedsgericht stattfinden. Wenn aber schon das Schiedsgericht notwendig war, hätten dann nicht die streitenden Teile die nötige Anzahl unbefangener Parteigenossen an einem Ort finden können? Das neue Organisationsstatut, das im Entwurf vorliegt, will künftig nur Schiedsgerichts-Verhandlung über von einer Organisation gestellte Ausschlußanträge zulassen, auch sollen die Schiedsrichter aus dem Bezirksverband, dem der Wohnort des Angeklagten angehört, genommen werden. Das ist allerdings das mindeste, was an Vereinfachung des schiedsgerichtlichen Verfahrens erreicht werden muß." - Der Fall lag unseres Erachtens immerhin noch nicht so ungünstig, weil erstens ein Ausschlußantrag von einer Organisation vorlag und zweitens die beiden Parteien verschiedene Bezirksorganisationen (Breslau und Magdeburg) angehörten und der Ausschlußantrag von beiden Seiten gestellt war.

Wir sind aber auch der Meinung, daß nicht nur im gegenwärtigen Statut, sondern auch noch im neuen Entwurf die Schiedsgerichtsvorschrift erhebliche Mängel aufweist. Zwar sagt der Entwurf, daß das darin gemeinte Schiedsgericht nur zu entscheiden hat über die Frage der Parteizugehörigkeit, aber der Ausdruck Schiedsgericht in Verbindung mit dem tatsächlich bestehenden Zustande führt dazu, daß oft die untergeordneten persönlichen Differenzen zur Infragestellung der Parteizugehörigkeit zugespitzt und vor das große Parteigericht gebracht werden. Die Ausprägung auf die Frage der Parteizugehörigkeit erfolgt nur aus dem Grunde, weil anders dieses Gericht nicht angerufen werden kann. Einzelne Partei-Organisationen sorgen ja allerdings dafür, daß untergeordnete Differenzen durch ein örtliches Schiedsgericht ausgeglichen werden. Da ist die Bezeichnung Schiedsgericht am Platze, weil es sich um schiedliche Erledigung kleiner Streitigkeiten handelt. Das sollte aber allen Partei-Organisationen zur Pflicht gemacht werden und es sollte kein Zweifel darüber gelassen werden, daß nicht jede Kleinigkeit vor das große Parteigericht gebracht werden soll. Gehören die Streitenden nicht der gleichen Organisation an, dann muß es der nächst höheren Organisationsinstanz obliegen, bei verschiedenen Wahlkreisen, also der Bezirksorganisation, das Schiedsgerichtsverfahren in die Hand zu nehmen. Auf diese Weise könnte verhütet werden, daß das große Parteigericht zu oft in Anspruch genommen und um Kleinigkeiten eine große Aktion gemacht wird.

Einen großen Vertrauensbruch beging der Expedient der "Märkischer Volksstimme" in Cottbus, Höpfer, indem er sich an der Kasse der von ihm verwalteten Filiale vergiff und dann das Wille suchte. In einer außerordentlich kurzbesetzten Parteiversammlung zu Cottbus am Mittwoch Abend wurde über die letzte Revision und das hierbei festgestellte Defizit der Kasse des scheidenden Expedienten Höpfer Bericht erstattet. Nach erregter Debatte legten die Vorstandsmitglieder und Revisoren ihre Reserven nieder.

## Das Witz und Witz.

Durch eine nächtliche Bombenexplosion wurde in Breslau der untere Teil des Treppenhauses im Wohnhaus des Malermeisters Munsch, des Arbeitgebers im dortigen Malerstreik, stark beschädigt. Die Bombe war aus einer alten Blechbüchse konstruiert worden. Der Täter ist entkommen. Verletzt wurde niemand.

Ein prügelnder Pfarver. Das Landgericht Müschen hat den Pfarver und Lokalinspektoren K. K. in Mohrenwies wegen Uebertretung des Büchtlingsrechts zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. K. hatte am 15. Januar einem 15 1/2 Jahre alten, sehr schwächlichen Feiertagskinder, der wie ein Kind von 8 bis 9 Jahren ansah, wegen angeblichen Raubens mit einem 90 Zentimeter langen und 1 Zentimeter dicken spanischen Rohr "Tage" (Schläge auf die innere Fläche der ausgebreiteten Hand) mit solcher Wucht gegeben, daß der Junge ohnmächtig wurde, 8 Tage Schmerzen hatte und die Glieder 64 Tage lang sichtbar waren. Der Junge erklärt, er habe seit dem 8. Dezember nicht mehr geraucht. Die als Zeugen vernommenen Lehrer erklärten, es habe ihnen immer das Herz weh getan, sie hätten nicht hinschauen können, wenn der Pfarver Schüler gezüchtigt habe. Die Schüler hätten gezittert, wenn er die Schule betreten habe. Ein Lehrer erklärte, er habe immer die Prügel aus dem Wege geräumt, wenn der Pfarver gekommen sei, damit er nicht einmal die Kinder erschlage. Ein Dienstmädchen sagte aus, er habe in der Kirche, als er auf Urlaub zu Hause war, vom Pfarver einen Schlag ins Gesicht erhalten, der wohl keinem plaudernden Nachbar zugebracht gewesen sei. Ein Bauer sagte, der Pfarver habe seinen Bubens vor fünf Jahren so heftig auf die Waden geschlagen, daß dieser eine Zeit lang nicht gehen konnte.

Tod eines Millionärs im - Zuchthaus. In der Strafanstalt zu Waldheim starb dieser Tage der 70-jährige Baumkammermeister Friedrich aus Leipzig, dessen Vermögen nach Millionen zählt. Er war im Jahre 1903 wegen Ablegung eines Falschbildes in einem geringfügigen Zivilstreit zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Der Leichnam des Verstorbenen ist, da Verwandte nicht vorhanden sind, der Anatomie in Leipzig übergeben worden.

Die habe einen oder den größten Teil ihres Geldes irgendwo begraben oder versteckt. Der Freiherr hat Jahre damit zugebracht, den vermeintlichen Schatz zu suchen, allerdings ohne Erfolg, denn es war keiner vorhanden. Möglicherweise hat dieses Schatzgraben dazu beigetragen, die fixe Idee, der er unterliegt, in ihm auszubilden."

Beide brachen hier das Gespräch ab, da sie an ihrem Ziele angelangt waren. Die junge Dame vermochte kaum ihre Tränen in Bann zu halten, als sie das wenn auch faubere und freundliche, so doch durch die getroffenen Schutz- und Vorsichtsmaßregeln ihr gefangenartig erscheinende Gelag überblickte. Sie breitete einige Geschenke, die sie für Reinhardt mitgebracht, auf dem Tisch aus, dann hat sie den Doktor um einen Hammer und Nagel.

"Wozu?" fragte er verwundert.  
"Um ihm das Bild seiner Mutter über das Bett zu hängen," antwortete Gertrud mit so rührender Weiblichkeit, daß der Doktor sich im Innersten bewegt fühlte. Bereitwillig brachte er das Gewünschte herbei, ja er befestigte selber das beschriebene Porträt an der Stelle, welche ihm das junge Mädchen bezeichnete. "Hier," meinte sie, "wird es ihm morgens am ersten in die Augen fallen, und vielleicht doch mit der Zeit einen Eindruck auf ihn hervorbringen."

Doktor Fresen ließ es sich nicht nehmen, der schönen Besucherin bis an das äußere Tor der Anstalt das Geleit zu geben, wo er ihr noch einmal versicherte, er werde für Reinhardt wie für seinen eigenen Bruder sorgen. Sie wüßte sich davon überzeugen, so oft ihre Zeit es gestattete, fügte er freundlich hinzu. "Sie werden immer hier willkommen sein."

Die junge Dame schlug langsam und traurig den Weg nach der Stadt ein, doch hatte sie erst wenige Schritte zurückgelegt, als sie den Doktor laut ihren Namen rufen hörte.

Sie wandte sich nochmals um - er war im Begriffe,

ihm nachzugehen und voll Spannung, was er ihr noch mitteilen werde, blieb sie stehen, ihn zu erwarten.

"Beinahe hätte ich vergessen, Ihnen etwas äußerst wichtiges zu erzählen," erklärte er entschuldigend. "Wissen Sie, wer gestern hier war?"

"Wer denn?"  
"Herr Doktor Leopold Selal."

"Ah - und was wollte er?"  
Der Doktor blühte Gertrud fast ängstlich an, er hatte es bisher peinlich vermieden, den Namen gegen sie zu erwähnen. Von ihrer Mutter hatte er erfahren, welche schwere Enttäuschung die arme Gertrud durch Dr. Selal erlitten hatte, er glaube, ihr Herz habe sich von dem harten Schläge noch nicht erholt und fürchtete, die Erinnerung an den Treulosen möchte sie kränken. Zu seinem Erstaunen veränderte sich kein Zug in ihrem regelmäßigen Antlitz, nur erkaunt schien sie ihm oder befreundet.

"Den Doktor Hoßl besuchen - er schien sehr besorgt um ihn," entgegnete er beruhigter. "Er erkundigte sich, ob eine Aussicht auf seine Wiederherstellung sei, und erbot sich, falls es etwa an den nötigen Mitteln fehle, helfend einzugreifen."

"Sie haben doch seine Unterstützung abgewiesen?"  
"Ich sagte ihm, daß ich ohne Einwilligung der Familie seine Güte nicht in Anspruch nehmen dürfe."

"Sie haben recht gehandelt, Herr Doktor. Niemals werde ich von ihm etwas annehmen - aus Gründen, die ich Ihnen nicht mitteilen kann. Er hat auch uns zur Annahme von Geld zu bewegen gesucht, nämlich ohne Erfolg."

"Ich verstehe Ihre Zurückhaltung und schätze Sie um so höher deshalb, verehrtes Fräulein."

Er zog respektvoll den Hut, als sie sich entfernte, und blühte ihr nach, bis ein Seitenweg, den sie einschlug, ihm den Anblick ihrer anmutigen Gestalt entzog.

6.  
Doktor Fresen hatte recht. Das tragische Schicksal des Dr. Hoßl hatte allenthalben die innigste Teilnahme hervorgerufen. Privatpersonen sowohl als Vereine erklärten sich zur Unterstützung der Familie bereit, aber stolz wies Gertrud jedes herartige Anerbieten zurück. Sie hatte sich in besseren Tagen eine kleine Summe für ihre Ausstattung erspart, nun bedurfte sie derselben nicht mehr, wie hätte sie den Betrag besser anzuwenden vermocht als zur Verpflegung ihres geliebten Bruders? Genau er, so würde er sicher sofort Mittel und Wege finden, für die Seinen zu sorgen, er war ja seit langer Zeit der Stolz und die Hoffnung der Familie. Und genau er nicht - Gertrud zitterte, es zu denken - aber wenn der entsetzliche Fall eintreten sollte, so mußten überhaupt ganz andere Mittel und Wege gefunden werden, die Existenz der Familie und das Studium des jüngeren Bruders zu sichern. Sie selbst würde dann wohl eine ihren Kenntnissen entsprechende Stellung annehmen und der Bruder durch Unterrichten die Vollendung seines Studiums zu erringen versuchen.

Vorkünftig kam alles darauf an, ob Reinhardts Genesung zu erwarten war oder nicht. Sobald sie Zeit fand, eilte sie hinaus nach der Anstalt, wo sie jeberzeit von Fresen auf das lebenswürdigste willkommen geheißen wurde, sich nach dem Befinden des teuren Mannes zu erkundigen. Leider lautete die Auskunft einmal wie das andere: Der Patient war im ganzen ruhig, er schien mehr schwermütig als aufgeregt, aber die geistige Bewirksamkeit hielt noch immer an, wenn auch eigentliche Wahnvorstellungen nicht vorhanden waren. Traurig kehrte sie dann jedesmal heim, doch nicht, ohne auch den alten würdigen Herrn, der sich für einen Feigen hielt, zu begrüßen. Subvoll und herablassend bot ihr dieser jedesmal die Hand, worauf er ihr die nämlichen Versicherungen gab wie das erste Mal und ihr immer von neuem das Geheimnis des Schicksals anvertraute, den er nun bald heben und von dem ihr Bruder seinen angemessenen Teil erhalten werde.